

WAHLPROGRAMM

ZUR WAHL DES 8.LANDTAGES
MECKLENBURG-VORPOMMERN



PARTEI der
HUMANISTEN **MV**

VORWORT

Wer wir sind

Wir sind Humanisten, unser Herz brennt für Fakten. Wir wollen für Mecklenburg-Vorpommern eine rationale und fortschrittliche Politik, die individuelle Freiheit und gesellschaftliche Verantwortung verbindet. Dafür braucht es neue Kräfte in der politischen Landschaft Deutschlands. Wir stehen für eine progressive Herangehensweise an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert und überholte Dogmen und Strukturen überwindet. Unsere Welt ist im stetigen Wandel - wir sind überzeugt, dass auch die größten Herausforderungen unserer Zeit, der Klimawandel, eine nachhaltige Energiewende, soziale Spaltung und wachsender Populismus konstruktiv, aufgeklärt und evidenzbasiert gemeistert werden können. Im Zentrum unserer Politik steht der Mensch mit seiner Fähigkeit zum rationalen Denken und zum Verstehen der Umwelt seiner Mitmenschen. Unser Denken und Handeln setzt sich für ein erfülltes Leben aller Menschen ein. Selbstbestimmung und Menschenrechte, Sicherheit und Freiheit, Möglichkeiten zur Entfaltung und Weiterentwicklung stehen für uns über Dogmen und Ideologien.

Wie wir arbeiten

RATIONAL

Erst sammeln wir ergebnisoffen alle wichtigen Fakten, auf deren Grundlage wir unsere Position entwickeln. Oft entstehen so zunächst unterschiedliche Sichtweisen zu einem Thema, bevor wir uns auf einen Standpunkt festlegen. Dabei bedienen wir uns nicht nur gesicherter Erkenntnisse, wir arbeiten auch nach wissenschaftlichen Methoden. Sollte sich die Faktenlage ändern, denken wir auch neu über unsere Position zum Thema nach. Seine Positionen anzupassen, bedeutet nicht einzuknicken, sondern ermöglicht moderne Politik, die unsere Gesellschaft fit für die Zukunft macht.

LIBERAL

Freiheit und Selbstbestimmung sind kein Widerspruch zu Solidarität und Gerechtigkeit. Wir wollen gleiche Chancen für alle mit der Möglichkeit, sein Leben nach individuellen Fähigkeiten und Wünschen zu gestalten. Wir wissen, jeder Mensch ist einzigartig und jede Gesellschaft ist die Summe ihrer individuellen Mitglieder, ihrer Perspektiven, Gewohnheiten und Wünsche.

FORTSCHRITTLICH

Wir brennen für neue Technologien und weltbewegende wissenschaftliche Errungenschaften. Denn nichts birgt eine größere Chance für die Menschheit. Nichts kann Gesellschaften schneller voranbringen. Risiken minimieren wir dabei durch eine stetige und sorgfältige Folgenabschätzung auf Grundlage von Facheinschätzungen.

INHALTSVERZEICHNIS

KAPITEL 1 – WOHNORT MV

Verkehr	5
Wohnen	6
Digitalisierung	7
Bildung	8
Energie	9
Medizin	9
Innere Sicherheit	10

KAPITEL 2 - SELBSTBESTIMMUNGSFREIRAUM MV

Säkularisierung	13
My body, my choice	13
Kultur	15

KAPITEL 3 - WIRTSCHAFTSSTANDORT MV

Landwirtschaft.....	17
Unternehmerförderung	17

KAPITEL 4 - FORSCHUNGSSTANDORT MV

Wissenschaft.....	20
Universitäten	20

KAPITEL 1

WOHNORT **MV**



Verkehr

Der Mobilitätssektor steht vor großen gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen, welche man rational angehen und lösen muss. In Zukunft muss Fortbewegung nachhaltig und CO2-neutral erfolgen. Gleichzeitig muss Mobilität garantiert werden. Ein Flächenland wie MV muss deshalb auch bei Verkehrsprojekten flächendeckend denken. Hierbei setzen wir auf Anreize statt Verbote.

Aktuelle Lage Bahn

Die Deutsche Bahn bietet momentan 11 verschiedene ICE/IC-Strecken von und nach MV an. Seit 01.02.2021 können Auszubildende mit einem Ticket für 365€ ein Jahr lang Bahn und Bus fahren. Im Güterverkehr wurden 2020 8,4 Mio Tonnen Güter transportiert, der Trend ist hierbei seit 2013 rückläufig.

- Wir setzen uns für die Schaffung neuer Ostsee-Schnellbahnlinien aus ganz Deutschland ein, um den Individualverkehr zu entlasten und den Tourismus zu stärken. Auch die Wiedereinführung von Nachtzügen ist zu prüfen.
- Alle Einwohner unseres Landes sollten die Möglichkeit haben, sich mit einem öffentlichen Verkehrsmittel flexibel zu bewegen. Hierfür ist der Einsatz von großen Reisebussen, die nur wenige Male am Tag Dörfer ansteuern, nicht sinnvoll. Rufbusse oder autonome Transportfahrzeuge stellen eine deutlich flexiblere Alternative dar. Das Land sollte sich deshalb an ersten Modellprojekten in diesem Bereich beteiligen.
- Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs muss sich dabei unterm Strich auch finanziell lohnen. Deshalb befürworten wir Projekte wie die Einführung eines 365€ Tickets für Jedermann. Das Azubi-Ticket ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wobei für Schüler, Studenten, Auszubildende und Geringverdiener langfristig ein entgeltfreier ÖPNV anzustreben ist.
- Die fortlaufende Verlagerung des Warenverkehrs auf die Straße muss schnellstmöglich gestoppt werden. Unser Ziel ist ein ressourcenschonender Gütertransport, der durch das Anlegen neuer elektrifizierter Güterbahntrassen in Kooperation mit anderen Bundesländern verwirklicht wird. Enteignungen sind dabei stets zu vermeiden und der bauliche Aufwand so gering wie möglich zu halten.

Aktuelle Lage Auto

Zum Stichtag 01.01.2021 waren im Land Mecklenburg-Vorpommern 1963 reine Elektroautos gemeldet. Diese können über 660 öffentliche Ladesäulen an 319 Standorten geladen werden.

- Elektroautos sind noch immer eine Seltenheit auf den Straßen Mecklenburg-Vorpommerns. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte Förderung der Ladeinfrastruktur ein, um die Anreize zum Umstieg so hoch wie möglich zu setzen. Besonders in Parkhäusern und an Supermärkten muss diese Infrastruktur bereitgestellt werden. Doch genauso an Stränden und Parks, damit einem Tagesausflug in die Natur nichts im Weg steht. Als Tourismusland ist die Verfügbarkeit an Hotspots von besonderer Bedeutung.

Aktuelle Lage Rad

2020 wurden 1668 Radfahrer bei Unfällen verletzt oder getötet. 13% der Berufspendler fahren mit dem Rad.

- Zur Förderung des Radverkehrs streben wir die bauliche Trennung von Auto- und Radwegen an, um die Sicherheit zu erhöhen. In Städten muss besonders an Kreuzungen auf eine verbesserte Übersichtlichkeit geachtet werden.
- Neben der Schaffung eines lückenlosen Radwegenetzes bis 2030 ist die Planung und Errichtung von Radschnellwegen in Pendlergebieten voranzutreiben, da 53% der Pendlerstrecken unter 10km liegen. Radschnellwege ermöglichen einen durchgängig fließenden Radverkehr, was die Fahrzeit drastisch verkürzt und die Attraktivität steigert.

Wohnen

Die Unverletzlichkeit der Wohnung wird schon im Grundgesetz beschrieben. Auch wir sind überzeugt davon, dass die eigene Wohnung oder das eigene Haus unter besonderem Schutz stehen müssen. Dabei gehen wir unideologisch und mit dem Wissen vor, dass eine eigene Immobilie gefördert und nicht sabotiert werden sollte.

Aktuelle Lage Wohnungspreise

Die größte Stadt im Land, Rostock, liegt mit den Mietpreisen etwa auf dem Bundesdurchschnitt, die Mieten für Bestandsimmobilien stiegen im letzten Jahrzehnt etwa auf Inflationsniveau. Außerhalb der Großstädte sind die Mieten teils sogar gefallen. Die „Kappungsgrenze“ im ganzen Land beschränkt den Anstieg von Mietpreisen im Zeitraum von 3 Jahren auf 20%. In besonders hart betroffenen Gebieten wie Rostock und Greifswald wurde die Grenze auf 15% in einem Zeitraum von 5 Jahren gesenkt.

- Der Anstieg von Mietpreisen ist bei uns im Land nicht flächendeckend verstärkt spürbar. Jedoch fehlt es in Städten wie Rostock und Greifswald schon jetzt an Wohnraum, was die Preise auf Dauer steigen lassen wird. Um die marktregulierenden Eingriffe des Landes so gering wie möglich zu halten, muss hierbei mit Neubau nachgeholfen werden.
- Anstatt weiterer Flächenversiegelung müssen Neubauprojekte weiter in die Höhe geplant werden. Andererseits müssen Möglichkeiten geschaffen werden bereits versiegelte Flächen mit Bauruinen einfacher und günstiger für Neubau zu räumen.

Aktuelle Lage Wohnungsmarkt

2020 standen mit dem „Neubauprogramm Wohnungsbau Sozial“ Fördermittel in Höhe von 20 Mio € für Neubau von Sozialwohnungen bereit. Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen hat im selben Jahr 458 Mio € in Neubau, Instandhaltung und Sanierung investiert.

- Das Land muss wie bisher den Neubau von Sozialwohnungen finanziell fördern. Auch der Erhalt von öffentlichen Wohnungsbaununternehmen ohne Gewinnmaximierungsziel ist hierbei von essenzieller Bedeutung.

- Privater Neubau und Sanierung müssen darüber hinaus steuerlich entlastet werden, beispielsweise durch eine Senkung der Grunderwerbssteuer.
- Zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit unterstützen wir das Konzept „Housing First“, bei dem Obdachlosen zunächst eine kleine Wohnung zur Verfügung gestellt wird und von dort aus die gesellschaftliche Reintegration läuft. Erfahrungen zeigen, dass dieses Konzept den Kommunen langfristig sogar Geld spart.
- Weiterhin setzen wir uns für den Erhalt und die Förderung von Parks und Grünanlagen in Städten ein. Formen des Urban Gardening bis hin zum Vertical Farming sehen wir als sinnvolle Ergänzung der Stadtplanung.

Digitalisierung

Die Digitalisierung prägt seit Jahren unsere Gesellschaft, dennoch werden ihre Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft. Digitalisierung und Automatisierung können die Möglichkeiten und Effizienz von Verwaltung, Bildung und Wirtschaft steigern und so unser Alltags- und Arbeitsleben vereinfachen. Die Entwicklung in der Forschung, z. B. zur künstlichen Intelligenz und zum autonomen Fahren, lassen zudem weitere einschneidende Veränderungen erahnen. Jedoch müssen Risiken stets realistisch eingeschätzt werden.

Aktuelle Lage

2021 liegt die durchschnittliche Uploadgeschwindigkeit in MV bei 49,94 Mbit/s und damit auf dem letzten Platz im Bundesdurchschnitt. Vodafone gibt selbst eine LTE- Netzabdeckung von 94,2% an.

- Der Spott über den Stand der Digitalisierung in MV hat lange genug angehalten. Wir sollten Vorreiter werden und zeigen, dass 100% Netzabdeckung auch in dünn besiedelten Gegenden möglich ist. Neben dem 4G-Standard können besonders Forschungsstandorte wie Rostock oder Greifswald von einem soliden 5G-Netz profitieren. Dies gilt es genauso zu fördern.
- Der Breitbandausbau schreitet in MV derzeit gut voran, jedoch ist beim Verlegen des Kabels noch nicht Schluss. Es muss sichergestellt werden, dass jeder Haushalt über die finanziellen Mittel zum Anschluss der Leitung verfügt. Fördergelder für den Ausbau sollen nur noch vergeben werden, wenn die zuständigen Unternehmen den Ausbau einer Strecke in einer gewissen Zeit garantieren und nach dem Anschluss eine Mindestgeschwindigkeit gewährleisten können.
- Auch am Staat selbst darf die Digitalisierung nicht spurlos vorbeiziehen. Die Verwaltung muss endlich auch digital erreichbar sein. Behördengänge sind heute oft ein sehr zeitaufwendiges Unterfangen, wobei es keinen plausiblen Grund gibt, dass jeder Besuch in Präsenz stattfinden muss. Die Möglichkeit von persönlichen Gesprächen sollte jedoch auch weiterhin gewährleistet werden.
- Das Menschenrecht auf Privatsphäre kann nur geschützt werden, wenn beim Datenschutz grundsätzlich informationelle Selbstbestimmung gewährleistet wird. Je mehr Daten digital verarbeitet werden, umso wichtiger ist es, Datenschutz und Datensparsamkeit schon von Beginn an konsequent umzusetzen. Dabei darf Datenschutz auf keinen Fall Selbstzweck werden oder gar als Vorwand für eine eigentlich technikfeindliche Haltung dienen.

Bildung

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das es den jungen Menschen ermöglicht, sich frei von dogmatischen und ideologischen Einflüssen zu selbstständigen sowie selbstbestimmten Individuen zu entwickeln. Für die Stärkung persönlicher Freiheitsrechte stehen die Vermittlung demokratischer Werte und die Förderung von kritischem Denken im Vordergrund. Bildung ist kein starres System, sondern muss sich am aktuellen Forschungsstand der Bildungsdidaktik orientieren.

- Unser Bildungskonzept unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung, entwickelt und stärkt Sozial- und Methodenkompetenz, selbständiges Lernen, Kreativität und die Herausbildung eigener, kritischer Meinungen im Rahmen einer positiven Lern- und Fehlerkultur.
- Das Schulsystem in MV muss für die individuelle Bildung durchlässiger gestaltet werden. Dazu müssen Hürden beseitigt und individuelle Stundenpläne und Projektgruppen ermöglicht werden. Gesamtschulen können hierbei eine sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Schulformen darstellen, auch zur Förderung des sozialen Zusammenhalts.
- Der Lehrermangel in MV kann nicht dauerhaft mit Quereinsteigern gedeckt werden, weshalb wir uns dafür einsetzen, deutlich mehr Lehrer auszubilden. Hierfür soll der Unterricht und die Schulen selbst aufgewertet werden, um den Beruf attraktiver zu machen. Die maximale Schülerschaft pro Lehrer muss verringert, die Unterrichtsmaterialien verbessert und die Möglichkeiten der Unterrichtsgestaltung erweitert werden. Der psychischen Auslastung von Lehrkräften muss eine größere Rolle zugemessen werden.
- Das Land ist verpflichtet den digitalen Ausbau weiter voranzutreiben und Lehrer im Umgang mit diesen weiter zu fördern. Nur so können sie zuverlässig im Unterricht Anwendung finden. Darüber hinaus muss jedem Schüler Zugang zu gutem Internet gewährt werden, damit die digitalen Angebote überhaupt genutzt werden können.
- Kurzfristig unterstützen wir länderübergreifende Kooperationen bei Lehrplänen und Abschlussprüfungen. Langfristig ist es sinnvoll, wenn das Bildungssystem deutschlandweit einheitlich gestaltet wird. Die Nachteile eines föderalen und dezentralen Bildungssystems, wie die fehlende Vergleichbarkeit überwiegen. Ein zentrales Bildungssystem kann viel stärker von fachlicher Expertise und speziellen Lernmaterialien profitieren.
- Allen Schülern soll unabhängig vom sozioökonomischen Status der Zugang zu angemessener Bildung gewährt werden. Das umfasst auch die freie Wahl der Bildungseinrichtung in einem angemessenen Umkreis.
- Der Lernprozess muss die Schüler mitnehmen und darf nicht an ihnen vorbei geschehen. Deshalb sollte die Wiedereinführung eines 13. Schuljahres im Allgemeinen und explizit für die von Schulausfall während der Corona-Pandemie betroffenen Jahrgänge geprüft werden.
- Die Weiterentwicklung der Schulen vom reinen Lernort durch außerschulische Angebote ist im ganzen Land zu fördern.

Energie

Für eine erfolgreiche Energiewende benötigen wir ein strategisches und umfassendes Konzept, das flexibel an wissenschaftliche Erkenntnisse und verfügbare Technologien angepasst wird. Deshalb streben wir einen klimaneutralen Energiesektor durch progressive Impulse ohne tiefgreifende Verbote an.

Aktuelle Lage

2017 bestanden 72% des in MV verbrauchten Stroms aus Wind- Wasser- Bio- oder Sonnenenergie. Theoretisch könnte sich das Land komplett mit erneuerbarer Energie versorgen, exportiert allerdings in andere Bundesländer. Die 2000 eingeführte EEG-Umlage gleicht die Differenz zwischen dem Strompreis an der Börse und dem garantierten Mindestpreis für Öko-Strom aus. Ihre Kosten tragen die Stromkunden.

- Der Ausbau von Solar-/und Windenergie wird zur Erreichung der Klimaziele nach dem Pariser Abkommen gefördert. Jedoch ist die Wende mit dem Bau noch nicht abgeschlossen. Durch die perfekten Voraussetzungen für regenerative Stromerzeugung ist insbesondere die Errichtung neuer Stromtrassen in den Süden voranzutreiben. Auch Strategien zur Speicherung der Energie müssen in einem größeren Umfang erprobt werden.
- Das letzte Kohlekraftwerk unseres Landes bei Rostock gilt es bis spätestens 2030 abzuschalten. Bis dahin ist sicher zu stellen, dass der benötigte Strom für MV und der exportierte Strom für andere Bundesländer nachhaltig gewonnen werden kann. Hierzu gehören neben Wind- und Solarkraftanlagen auch hocheffiziente Gas- und Dampfturbinenkraftwerke. Der aktuelle Stand von Forschung und Entwicklung ist dabei stets zu berücksichtigen.
- Um die Finanzierung von erneuerbaren Energien besser abzufedern, möchten wir die Gründung von Energiegenossenschaften landesweit vorantreiben und jede Kommune dazu anregen, dass ihre Bürger Anteil an der Energiewende haben können. Auch möchten wir uns bundesweit für eine Novellierung der EEG-Umlage, der Mieterstromgesetze sowie einer nachhaltigen Anpassung der CO₂-Steuer einsetzen, um eine faire Verteilung und Vergütung von erneuerbarer Energie zu gewährleisten.
- Abgesehen von Wind- und Solaranlagen wollen wir die Finanzierung von Fusionsreaktorforschung in MV langfristig sichern.
- Neben Reduktion streben wir auch eine Dekarbonisierung und Demethanisierung der Atmosphäre durch beispielsweise Wiedervernässung der Moore an.

Medizin

Ein leistungsfähiges und zugängliches Gesundheitssystem ist Grundlage für ein nachhaltiges gesellschaftliches Zusammenleben. Gesundheit ist ein hohes Gut und stellt, als Grundlage für ein glückliches und selbstbestimmtes Miteinander, eine wichtige Komponente einer humanistisch orientierten Politik dar.

Aktuelle Lage

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es aktuell 37 zugelassene Krankenhäuser. Zwei Standorte wurden in den letzten 4 Jahren geschlossen. Insgesamt verfügten diese 2019 über 3110 Ausbildungsplätze. Im selben Jahr wurden 2351 Kräfte ausgebildet. Rund 400 Studienplätze für Erstsemester im Bereich Medizin gibt es.

- Eine der größten Herausforderungen für ein Gesundheitssystem ist es, die Versorgungssicherheit der Gesellschaft sowie einen fairen und adäquaten Zugang zu gewährleisten. Deshalb muss die Zahl der Studienplätze im Fach Medizin in MV erhöht werden, um den Folgen des demografischen Wandels besser begegnen zu können und personelle Lücken nachhaltig zu schließen.
- Um eine flächendeckende Erreichbarkeit sicher zu stellen, müssen Projekte der Telemedizin, Telepharmazie, online Arztpraxen und für Behandlungen mobile Arztpraxen gefördert werden. Die Auslastung des Personals muss dabei stets berücksichtigt werden.
- Eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern lehnen wir ab. Auch fordern wir eine Reform des diagnoseabhängigen Fallpauschalensystems, welches Kliniken unter stetigen Kostendruck setzt. Dafür ist auch eine Abkehr vom Profitmaximierungssystem nötig.
- Langfristig streben wir die Einführung einer einheitlichen solidarischen Krankenversicherung mit einkommensabhängigen Beiträgen und damit ein Ende der Zweiklassenmedizin an. Dies würde eine ausreichende Versorgung sicherstellen, die Kosten begrenzen und den Verwaltungsaufwand stark reduzieren.
- Pseudomedizin ohne wissenschaftlich nachgewiesene Wirksamkeit darf keine Kassenleistung mehr sein.

Innere Sicherheit

Die Partei der Humanisten möchte die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, ohne jedoch Freiheiten unnötig einzuschränken. Dafür sind gut ausgestattete und ausgebildete Sicherheitsbehörden sowie ein sinnvoller juristischer Rahmen, in welchem Polizei und Bevölkerung einander auf Augenhöhe begegnen können, notwendig.

- Um individuelles Fehlverhalten ahnden zu können, setzen wir uns für eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht und die Überprüfung der strafrechtlich relevanten Verdachtsfälle durch eine unabhängige Dienststelle ein.
- Für den Außendienst sprechen wir uns für Bodycams aus, wobei klare Richtlinien zu ihrer Verwendung definiert werden müssen.
- Einem verantwortungsbewussten und sachgemäßen Einsatz von Elektroimpulsgeräten zur gezielten Deeskalation an Stelle von stumpfer Gewalt durch Schlagstöcke oder dem häufig tödlichen Einsatz von Schusswaffen stehen wir offen gegenüber.
- Als Partei, die für die Forschung und Innovation steht, befürworten wir die Erprobung neuartiger Ausrüstung wie z.B. Brillen mit Fahndungstechnologie im Streifendienst.

- Eine allgemeine, ortsabhängige Videoüberwachung lehnen wir zum Schutz von Persönlichkeitsrechten ab. Die Informationen einer schwerpunktmäßigen Videoüberwachung können dagegen die Aufklärung von Straftaten erleichtern.
- Der Strafvollzug muss reformiert werden. Es braucht mehr offenen Vollzug, Bildungsangebote sowie Präventions- und Deradikalisierungsarbeit, um Inhaftierten eine bessere Resozialisierung zu ermöglichen. Hierfür müssen Erkenntnisse aus Vergleichsstudien von offenem und geschlossenem Vollzug berücksichtigt und umgesetzt werden.

KAPITEL 2

**SELBSTBESTIMMUNGS-
FREIRAUM **MV****



Säkularisierung

In einer modernen Gesellschaft müssen alle Bürger jederzeit das Recht haben, ihre weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen frei wählen und im Rahmen geltender Gesetze ausleben zu dürfen. Religiöse und weltanschauliche Werte und Normen dürfen jedoch keinen negativen Einfluss auf den Alltag Nicht- oder Andersgläubiger sowie auf staatliche Institutionen und Gesetze haben. Die Bekenntnisfreiheit steht nicht über den Rechten Dritter. Deshalb streben wir eine strikte Trennung von Staat und Religionen an.

Aktuelle Lage

Im Jahr 2021 wird die evangelische Kirche mit 13,3 Mio.€ unterstützt. Davon werden 3,579 Mio.€ auf Grundlage des Güstrower Vertrages als Staatsleistung gezahlt. Die katholische Kirche wird mit insgesamt 695.800€ im Jahr 2021 unterstützt, davon knapp die Hälfte als Staatsleistungen. Auslöser für die Staatsleistungen waren Enteignungen deutscher Kirchen und Klöster Anfang des 19. Jahrhunderts. Die Beendigung dieser Leistung war Bestandteil der Weimarer Reichsverfassung und wurde in Artikel 140 ins Grundgesetz übernommen.

- Für uns bedeutet Säkularisierung insbesondere, dass der Staat und öffentliche Institutionen gegenüber dem Bürger grundsätzlich religiös-weltanschaulich neutral auftreten. Wir setzen uns für die Streichung des Gottesbezugs aus dem Grundgesetz, sowie die Beendigung der Finanzierung von kirchlichen Würdenträgern ein.
- Der Religionsunterricht muss durch einen neutralen Ethikunterricht ersetzt werden, welcher alle Religionen behandelt und auch kritisch beleuchtet.
- Damit hierfür genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen, wollen wir entsprechende Weiterbildungen für Religionslehrer sowie zusätzliche Lehrstühle und Lehramtsstudiengänge für das Fach Ethik an pädagogischen Hochschulen einrichten.
- Schon mit der Weimarer Reichsverfassung verpflichtete sich der deutsche Staat die Staatsleistungen an die Kirche zu beenden. Dennoch wurden mit dem Güstrower Vertrag (1994) und dem Vertrag mit dem Heiligen Stuhl (1997) umfangreiche Subventionen mit den beiden großen christlichen Kirchen vereinbart. Das Land Mecklenburg-Vorpommern soll die Staatsleistungen an Religionsgemeinschaften im besten Falle ablösefrei beenden.
- Zudem wollen wir die staatliche Finanzierung kirchlicher Würdenträger und theologischer Fakultäten beenden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Kirchenaustritt grundsätzlich kostenfrei ist.
- Es muss gewährleistet werden, dass jeder ohne Angst seine Religionszugehörigkeit revidieren kann. Hierfür gilt es, Aussteigerprogramme für Sekten und ähnliche Organisationen zu fördern. Dies gilt auch für Mitglieder von fundamentalistisch-religiösen Gruppierungen.

My body, my choice

In einer liberalen Demokratie darf es keine moralische Bevormundung durch den Staat geben. Jeder Mensch hat ein Recht auf freie Meinungsäußerung und Selbstbestimmung über seinen Körper.

STERBEHILFE

Aktuelle Lage

Im Februar 2020 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Verbot der von Selbsttötung für verfassungswidrig. Dieses Urteil umfasst dabei die passive und indirekte Sterbehilfe, sowie die Beihilfe zum Suizid. Ein Gesetzesrahmen für indirekte Sterbehilfe wurde daraufhin nicht geschaffen. Aktive Sterbehilfe (z.B. durch Medikament Verabreichung) ist weiterhin strafbar.

- Selbstbestimmt zu leben, bedeutet für uns auch selbstbestimmt sterben zu können. Der Tod ist ein unausweichlicher Teil des Lebens und keine staatliche Institution darf den Menschen verbieten das eigene Lebensende vorzuziehen. Jedoch muss dies streng reguliert und ethisch stetig überprüft werden, um Missbrauch zu verhindern. Deshalb fordern wir die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe, begleitet von Beratungszentren und einer Aufstockung der psychologischen Praxen, um Selbsttötung vorzubeugen.

SEXARBEIT

Aktuelle Lage

Sexarbeit ist in MV in Gemeinden unter 15.000 Einwohnern seit 1990 verboten. Seit 2017 gilt eine Anmeldepflicht für Sexarbeiter sowie die Pflicht zum einholen einer Genehmigung einer Behörde für gewerbliche Tätigkeit für das Prostitutionsgewerbe. Die einzige Fachberatungsstelle für Menschen in der Sexarbeit - SeLa – berät neben der aufsuchenden Arbeit in Rostock Sexworker aus dem ganzen Land online und telefonisch.

- Selbstbestimmt zu leben, bedeutet für uns auch, selbstbestimmt zu arbeiten. Sexarbeit ist eine gesellschaftliche Realität, die mit Risiken verbunden ist. Wir setzen uns für Respekt und eine zeitgemäße rechtliche Reglementierung von Sexarbeit ein, um Stigmatisierung und Diskriminierung entgegenzuwirken und so die Lage von Sexarbeitern zu verbessern.
- Flächendeckende anonyme und aufsuchende Fachberatung bietet die beste Möglichkeit, Sexarbeiter in der Kenntnis und Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen.

SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE

Aktuelle Lage

2019 ließen 2291 Frauen in Mecklenburg-Vorpommern ihre Schwangerschaft vorzeitig beenden. Grundsätzlich sind Abtreibungen bis zur 14 Schwangerschaftswoche möglich, nachdem die Frauen eine gesetzlich vorgeschriebene Beratungsprozedur durchlaufen haben. Online darf aufgrund §219a StGb nicht über die Abtreibungspraktiken informiert werden. Die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs ist kein regulärer Bestandteil des Medizinstudiums.

- Selbstbestimmt zu leben, bedeutet für uns auch selbstbestimmt Kinder auszutragen. Schwangerschaftsabbrüche müssen deshalb gewährleistet werden. Eine Schwangerschaft und anschließende Geburt ist mit erheblichen körperlichen und psychischen Einschränkungen der Mutter verbunden, welche also die Möglichkeit haben muss, die Schwangerschaft frühzeitig abzuberechnen.
- Hierfür fordern wir zuallererst die Aufhebung des Informationsverbotes über Abtreibung im Internet. Darüber hinaus müssen Abtreibungen fester Bestandteil der Lehre an Universitäten im ganzen Land sein.

Kultur

Kultur ist einer der Stützpfeiler einer humanistischen, aufgeklärten und freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Sie trägt maßgeblich zur persönlichen sowie zur gemeinschaftlichen Identität bei. Die vielfältigen Einnahmen und Arbeitsplätze, die mit diesem Angebot einhergehen, sind auch ein stetig wachsender Wirtschaftsfaktor für Mecklenburg-Vorpommern. Grundsätzlich wollen wir Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund, dazu ermutigen und es ihnen ermöglichen, sich kulturell zu bilden oder selbst kreativ zu werden.

- Wir möchten Kulturschaffende mittels einer verlässlichen finanziellen Grundlage darin unterstützen, ihre Werke der Öffentlichkeit nahezubringen. Zu diesem Zweck wollen wir kreative Projekte sowie Frei- und Proberäume, Schreibwerkstätten oder andere Veranstaltungsräume erhalten und fördern.
- Die kulturelle Infrastruktur muss stadtplanerisch vorausschauend berücksichtigt werden.
- Wir fordern einen kostenreduzierten und barrierefreien Zugang zu Inhalten und Einrichtungen, die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden - physisch sowie digital. Auch einkommensschwachen Menschen muss der Besuch von Kultureinrichtungen finanziell möglich sein.
- Im Sinne der Erinnerungskultur fordern wir den Erhalt und die Förderung der Kulturdenkmäler und historischer Stätten, welche die Geschichte unseres Landes repräsentieren.

Landwirtschaft

In kaum einem anderen Wirtschaftszweig treffen Fortschritt und Tradition so stark aufeinander wie in der Landwirtschaft. Wir setzen uns für die Entwicklung hin zu einer effizienten und zugleich umweltfreundlichen Landwirtschaft ein. Als progressive Partei sehen wir hierbei im technologischen Fortschritt keinen dogmatischen Feind, sondern die Grundlage, um unsere Nahrungsversorgung nachhaltig sicherzustellen und unsere Umwelt zu schützen.

- Die Möglichkeiten, welche durch die Digitalisierung heutzutage bestehen sind enorm. Doch kann dieses Potenzial nicht ausgeschöpft werden, wenn die entsprechende Technik weder bezahlbar noch verständlich ist. Hier sind gezielte finanzielle Förderungen und Schulungen nötig.
- Durch innovative Konzepte wollen wir die nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft noch stärker vorantreiben und damit die Artenvielfalt schützen, beispielsweise durch effizienteren Pestizideinsatz mithilfe von Robotik, aber auch durch moderne Gentechnik, die Ertrag und Widerstandsfähigkeit von Pflanzen erhöhen kann. Wissenschaftlich nicht haltbare, ideologische Hürden beim Einsatz dieser Technologien müssen daher abgebaut werden.
- Steigende Erwärmung, Austrocknung, Überschwemmungen und Versalzung führen bereits heute zu Ernteverlusten und dem Verlust von Anbauflächen. Diesen Folgen kann durch Methoden wie der Agro-Forst, also der Kombination aus Ackerbau und Forstwirtschaft, entgegengewirkt werden. Grüne Gentechnik, kann hier ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten.
- Missstände in der Tierhaltung müssen beendet werden. Beispielsweise ist ein Ende des Kastenstands in industriellem Umfang erforderlich. In Tierbetrieben müssen artgerechte Haltungsbedingungen gewährleistet werden. Wir setzen uns für verstärkte Forschung zur Entwicklung und Sicherung einer tierhaltungsfreien Ernährung als Ergänzung und Alternative zur konventionellen Produktion ein.
- Öffentlich geförderte Kantinen, beispielsweise Mensen an Universitäten, sollen aus diesem Grund auch angehalten werden, täglich zumindest eine vollwertige vegane oder vegetarische Essenoption anzubieten.

Unternehmerförderung

Deutschland zählt zu den wirtschaftlich stärksten Industrienationen weltweit. Dabei basiert der Wohlstand unserer Gesellschaft auf der sozialen Marktwirtschaft, die wir als einzige Wirtschaftsform für vereinbar mit humanistischen Werten wie individueller Freiheit und fairem Interessenausgleich halten. Deshalb ist der Erhalt eines starken Mittelstandes von fundamentaler Bedeutung für Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern.

- Zur Erleichterung von Unternehmensgründungen benötigt es eine drastische Reduzierung der Bürokratie und Ausbau einer effizienten digitalen Verwaltung mit deutlich erhöhten Kapazitäten.
- Darüber hinaus fordern wir eine Ausweitung sowie vereinfachteren Zugang zu finanziellen Förderprogrammen, welche Gründungen unterstützen.

- Auch ein gutes Bildungsangebot, welches Grundlage für eine Unternehmensgründung ist, muss für jeden unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund zugänglich sein. Denkbar wäre auch eine stärkere Integration in den Schulunterricht der Oberstufe.
- Die Risiken einer Unternehmensgründung können zudem durch eine effektive soziale Absicherung von Gründern verringert werden.
- Die Unternehmensverwaltung kann zudem durch eine Vereinfachung des Steuersystems entlastet werden.

KAPITEL 4

FORSCHUNGS- STANDORT **MV**



Wissenschaft

Die Wissenschaft muss, um ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden, sowohl frei von staatlicher Instrumentalisierung als auch von übermäßigen ökonomischen Zwängen sein. Insbesondere Grundlagenforschung, die zunächst keinen kurzfristigen ökonomischen Nutzen verspricht, möchten wir intensiver fördern.

- Die meisten wissenschaftlichen Mitarbeiter arbeiten mit befristeten Verträgen und andauernde Verlängerungen, wodurch ihnen die Möglichkeit fehlt eine langfristige Lebensstrategie zu entwickeln. Dieser prekären Beschäftigungslage des akademischen Mittelbaus an Hochschulen wollen wir durch eine Förderung von Dauerstellen nach der Promotion begegnen.
- Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen durch eine allgemeinverständliche, sachliche Darstellung sowie durch kompetente Diskussion in den Medien und in der Öffentlichkeit möglichst breiten Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden.
- Forschungsergebnisse, die durch öffentliche Institutionen finanziert wurden, müssen für die Öffentlichkeit frei zugänglich sein. Wir halten in der Finanzierung der Wissenschaft Transparenz für notwendig, um potenzielle Interessenkonflikte und Einflussnahmen erkennen und vorbeugen zu können.

Universitäten

Wir als Humanisten sehen Universitäten als Quellen für Erkenntnis und Fortschritt. Hier werden Grundlagen der Forschung gelegt, weshalb wir diesen Einrichtungen eine besondere Bedeutung zumessen.

Aktuelle Lage

Die 2 Universitäten und 4 Hochschulen des Landes wurden zum Wintersemester 2019/2020 von 38.393 Studenten besucht. Insgesamt werden diese Einrichtungen mit 265,8 Mio.€ vom Land gefördert.

- Lernveranstaltungen müssen individuellen Lernstrategien der Studenten gerecht werden und somit flexibler wahrgenommen werden können.
- Der Lernerfolg von Studenten muss im Vordergrund stehen. Auf diese Art steigert sich der Effizienzgrad des Studiums.
- Studentische Forschung muss unabhängig von ökonomischen Interessen gewährleistet werden.
- Studenten müssen als Individuen wahrgenommen und nicht länger auf ihre Matrikelnummer reduziert werden. Besonders der psychischen Gesundheit von Studenten muss stärkere Bedeutung zugemessen werden. Hierfür setzen wir auf die Installation von schnellen, hilfreichen und niedrigschwelligen Angeboten der Psychotherapie.
- Die finanzielle Förderung von Universitäten muss an der Anzahl der Studenten und nicht an der absoluten Zahl der Publikationen gemessen werden.
- Bei der Bewerbung zu einem Studienplatz dürfen Quoten keine Rolle spielen. Hier gilt der Grundsatz der Gleichberechtigung.